

Ich finde aber, dass es keinen guten Eindruck macht, wenn Sie an diesem Punkt noch einmal einsteigen.

(Zurufe von der SPD)

Es macht insgesamt für die Politik einfach keinen guten Eindruck.

Um Ihre Neugierde zu befriedigen und weil Sie ausweislich Ihrer Aussage nicht in die Akten schauen können, biete ich Ihnen aber an,

(Nadja Lüders [SPD]: Nein, vom Gesetz her kann er das nicht! – Hans-Willi Körfges [SPD]: Noch nicht einmal zuhören können Sie!)

Ihnen meine Examen vorzulegen, weil Sie Zweifel gehegt haben, ob ich die entsprechende Befähigung hätte. Das biete ich Ihnen hiermit an.

(Nadja Lüders [SPD]: Nein, auch nicht! – Hans-Willi Körfges [SPD]: Auch nicht!)

Thomas Kutschaty, Justizminister): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich nehme jedes Argument der Oppositionsfractionen sehr ernst und versuche, in meinen Wortbeiträgen auf die Vorredner einzugehen. Aber mehr ist mir zu Ihrem Beitrag heute leider nicht eingefallen.

(Heiterkeit und Beifall von der SPD – Zuruf von Nicolaus Kern [PIRATEN])

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister Kutschaty. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wir kommen zur **Abstimmung** über den Einzelplan 04. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 16/13504, den Einzelplan 04 in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses anzunehmen. Wer möchte dem folgen? – SPD und Grüne wollen dem folgen. Wer will dem nicht folgen? – CDU und FDP folgen dem nicht, die Piraten folgen dem nicht, und Herr Schulz, fraktionslos, folgt dem auch nicht. Habe ich jemanden übersehen? – Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der **Einzelplan 04 in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses Drucksache 16/13504 in zweiter Lesung** mit breiter Mehrheit der Koalitionsfraktionen **angenommen**.

Ich rufe auf:

**Einzelplan 06
Ministerium für Innovation, Wissenschaft und
Forschung**

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 16/13506

Ich eröffne die Aussprache. Für die CDU-Fraktion hat Herr Dr. Berger das Wort.

Dr. Stefan Berger (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Auch in der Wissenschaftspolitik hebt sich nun der Vorhang zum letzten Akt

(Unruhe – Glocke)

des Dramas.

(Heiterkeit von der CDU)

Wir werden also den letzten Haushalt der Wissenschaftsministerin Schulze heute hier in diesem Haus besprechen.

Ich will aber einmal mit einer positiven Botschaft dieses Haushaltes beginnen. Es stimmt; der Haushalt ist angestiegen. Wir diskutieren heute den historisch höchsten Wissenschaftsetat des Landes Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der SPD)

Damit enden allerdings auch schon die positiven Botschaften.

(Beifall von der CDU – Zurufe: Oh!)

Denn man muss natürlich die Entwicklung und den Aufwuchs des Haushalts in Zusammenhang mit der Steigerung der Studierendenzahlen setzen. Wir stellen fest: In den letzten Jahren sind die Studierendenzahlen um 40 % angestiegen, während beispielsweise die Grundfinanzierung nur um 21 % gestiegen ist. Das sagen nicht wir; das sagen die Hochschulrektoren.

Das schlägt sich auch in Zahlen nieder. Das haben wir ja an dieser Stelle schon mehrfach aufgezeigt. Das Land Nordrhein-Westfalen gibt im Schnitt 5.300 € pro Studierenden aus. In Thüringen sind es weit über 9.000 €. Allein diese Diskrepanz zwischen 5.300 € für einen Studierenden hier und 9.000 € für einen Studierenden woanders zeigt, dass es unfair und ungerecht zugeht, und zeigt, dass wir in Nordrhein-Westfalen leider wieder auf einem Abstiegsplatz stehen.

Das geht auch weiter. Wir haben eine Antwort auf eine kleine Anfrage vorliegen. Diese Anfrage ist von der FDP gestellt worden, und zwar von Frau Freimuth. Nicht nur bei den Pro-Kopf-Aufwendungen sind wir auf dem letzten Platz, sondern auch bei der Betreuungsrelation. 2010 haben sich 82 Studierende einen Professor geteilt. 2014 waren es fast 100. In der gleichen Zeit ist es in Thüringen zu einer Verbesserung der Relation von 53 auf 50 gekommen. In Nordrhein-Westfalen sind es 100 Studierende pro Professor, in Thüringen 50 Studierende pro Professor.

Frau Schulze, was sagen Sie nun dazu? Ich zitiere aus der „Westdeutschen Zeitung“. Sie sagen, die

Qualität der Lehre an den Hochschulen sei gewährleistet; die Kopffzahlen seien ungeeignet und wären verzichtbar. Das muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen. Frau Ministerin Schulze, Sie sagen, es sei unerheblich, ob 50 oder 100 Studierende in einem Hörsaal säßen, und es habe keine Auswirkungen auf die Qualität, wenn ein Professor 100 statt 50 Studierende betreuen solle.

Dass nicht nur das Schulministerium auf die Erhebung des Unterrichtsausfalls verzichten wollte, sondern Sie auch lieber nicht mehr nach der Betreuungsrelation gefragt werden wollen, zeigt nur zu deutlich die miserable Bilanz der Landesregierung im Bereich der Bildung und insbesondere in der Hochschulpolitik.

(Beifall von der CDU)

Steigt man noch tiefer in den Haushalt ein, dann ist festzustellen, dass die Steigerungen im Einzelplan 06 weniger auf Ihren eigenen politischen Gestaltungswillen zurückgehen, sondern viel mehr auf die Bund-Länder-Finanzbeziehungen. Denn der wesentliche Teil des Aufwuchses der Mittel stammt aus den Mitteln des Hochschulpaktes. Er muss zwar zu 50 % kofinanziert werden. Aber dieser Aufwuchs ist eben nicht durch Ihre politische Kraft und nicht durch rot-grüne Willensbekenntnisse zur Hochschulpolitik erreicht worden, sondern einzig und allein der Aktivität unserer Regierung in Berlin zu verdanken.

(Beifall von der CDU)

Unter dem Strich bleibt die Erkenntnis: Bis auf die Abschaffung – übrigens die schuldenfinanzierte Abschaffung – der Studienbeiträge, die Sie darüber hinaus auch noch unzureichend kompensiert haben,

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Führen Sie sie wieder ein?)

einem kleinen Hochschulkonsolidierungsprogramm und einer auf fünf Jahre befristeten Hochschulvereinbarung haben Sie keinerlei Entscheidungen getroffen und keinerlei eigene landespolitische Initiative vorgelegt.

Am Ende bleibt: Nordrhein-Westfalen ist Schlusslicht. Die Landesregierung sieht keinen Handlungsbedarf. Das ist das Urteil der „Westdeutschen Allgemeinen Zeitung“. Damit ist zutreffend zusammengefasst, warum wir diesem Haushalt nicht zustimmen können. Alle Kennzahlen, die man im Wissenschaftshaushalt bilden kann, zeigen die letzten Plätze im Länderranking auf.

Eine Koalition, die zufrieden ist, im bundesweiten Vergleich Letzter zu sein, verdient weder die Zustimmung zu diesem Haushalt, noch sollte sie eigentlich dieses Land regieren. Über diese Frage werden wir in den kommenden Monaten ja streiten. Wir lehnen deshalb diesen Haushalt ab. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Dr. Berger. – Nun spricht für die SPD-Fraktion Herr Kollege Bell.

Dietmar Bell (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Das war wirklich der letzte Akt des Dramas, des Offenbarungseids der CDU in hochschulpolitischen Fragestellungen. Herr Dr. Berger, selten hat sich hier die größte Oppositionsfraktion derartig bloß hingestellt und dummes Zeug geredet über einen so wichtigen politischen Schwerpunkt der Landespolitik wie Wissenschaftspolitik.

Es ist wirklich schon erstaunlich. Wir hatten in der letzten Woche im Wissenschaftsausschuss ja eine Anhörung zu dem legendären Antrag, der schon in Comedyshows die Runde macht, „Chancen des digitalen Wandels an den Hochschulen nutzen – einheitliche Matrikelnummer einführen“. Da hat Ihnen die Arbeitsgemeinschaft der Kanzlerinnen und Kanzler zu Beginn ihrer Stellungnahme ins Stammbuch geschrieben:

„Der vorliegende Antrag zeichnet ein sehr rückständiges, nicht der Realität entsprechendes Bild von Hochschulprozessen bzw. hochschulinternen Verwaltungsabläufen.“

Das, was Sie hier gerade dargestellt haben, zeigt, dass Ihr Bild von der Hochschulpolitik überhaupt nichts mit der Realität in diesem Lande zu tun hat.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Ich frage mich manchmal, wo Sie in Nordrhein-Westfalen hochschulpolitisch unterwegs sind. Ich frage mich wirklich, ob Sie in den letzten fünf Jahren zum Beispiel Hochschulen oder Forschungsinstitute besucht haben. Machen wir deshalb einfach einmal den Versuch, ein kleines Update durchzuführen: „Wo bewegen wir uns denn in Nordrhein-Westfalen?“!

Ja, Sie haben recht; wir haben mittlerweile 750.000 Studierende. Mehr als jeder vierte Studierende deutschlandweit studiert an einer Hochschule in Nordrhein-Westfalen. Das ist ein absolutes Qualitätsmerkmal und zeigt, wie attraktiv unsere Hochschullandschaft ist, Herr Dr. Berger, und nicht wie unattraktiv. Wir bilden deutlich über dem Königsteiner Schlüssel aus. Das ist die reale Situation.

Nordrhein-Westfalen hat seit 2010 mehr als 35 Milliarden € in die Hochschulen investiert: 25 Milliarden € Zuschüsse für den laufenden Betrieb, 2,4 Milliarden € für Investitionen, 611 Millionen € für den Neu- und Ausbau von Fachhochschulen, 1,3 Milliarden € Qualitätsverbesserungsmittel, 3,8 Milliarden € in den Hochschulpakt, 900 Millionen € in den Hochschulbau, 1,6 Milliarden € HMoP, 2,2 Milliarden € MedMoP und 1,2 Milliarden € HKoP.

Wenn Sie an den Hochschulen in diesem Land unterwegs wären, wissen Sie, was Sie da sehen würden? Kräne, weil in diesem Land Hochschulmodernisierung auch mit Investitionen in Hardware getätigt wird, und zufriedene Gesichter, weil wir im Bereich der Finanzierung im Hochschulbereich einen Zuwachs von über 45 % haben. Das honorieren die Hochschulen auf breiter Front.

Herr Dr. Berger, weil ich glaube, dass Sie es einfach hören müssen, um es auch zu verstehen – manchmal ist Wiederholung hilfreich –, zitiere ich an dieser Stelle noch mal Herrn Prof. Baumann, den Vorsitzenden der Landesrektorenkonferenz der Fachhochschulen, zur Hochschulvereinbarung, die Sie gerade kleinzureden versucht haben. Sie haben gerade versucht, das Projekt der Hochschulvereinbarung, die gerade im Oktober dieses Jahres abgeschlossen worden ist, kleinzureden.

Ich zitiere Herrn Prof. Baumann:

Nun leitet das Land NRW mit der Hochschulvereinbarung 2017/2021 eine Trendumkehr ein. Statt wieder neue Töpfchen mit einer endlichen Laufzeit zu schaffen, werden nun Teile der bisherigen Hochschulpaktmittel auf Dauer verstetigt.

Planbarkeit und Verlässlichkeit der Hochschulfinanzierung nehmen damit deutlich zu. Wir erleben eine dauerhafte Stärkung der Hochschulfinanzierung in unserem Land. Das ist angesichts des ansonsten allgegenwärtigen Beklagens leerer Kassen schon bemerkenswert.

Wir können feststellen, dass es auch die Diskussion um gute Beschäftigungsbedingungen war, die diese Trendumkehr mit ermöglicht hat.

Insoweit ist das ein guter Tag für die Hochschulen im Land. Nordrhein-Westfalen ist in diesem ersten Schritt zur Verstetigung der Hochschulpaktmittel übrigens bundesweit Vorreiter.

(Ministerin Svenja Schulze: Ja!)

Ich wünsche den Kolleginnen und Kollegen in den anderen Ländern, dass ihre Länder denselben Weg einschlagen.

Das ist die Realität in diesem Land, Herr Dr. Berger,

(Beifall von der SPD)

nicht die Schimäre, die Sie immer vor sich hertragen.

Schauen wir uns auch einmal an, wo Nordrhein-Westfalen gerade bei dem von Ihnen immer wieder bejammerten angeblichen Missverhältnis im Bereich der MINT-Studierenden steht. Im MINT-Bereich haben wir mittlerweile die Situation, dass in Nordrhein-Westfalen die Zahl der Studierenden von 190.000 im Jahr 2010 auf 285.000 zugenommen hat. Nordrhein-Westfalen hat die höchste Quote der Studierenden pro 1.000 erwerbstätige MINT-Akademiker. Spitzenleistung Nordrhein-Westfalen, Herr Dr. Berger!

(Beifall von der SPD – Zuruf von Dr. Stefan Berger [CDU])

Wir sind als Forschungsstandort bundesweit und europaweit hoch geschätzt. Wir sind in der Exzellenzinitiative erfolgreich gewesen. Ich bin sicher, dass wir in der neuen Exzellenzinitiative wieder erfolgreich sein werden.

Von den aktuell 264 geförderten DFG-Sonderforschungsbereichen liegen 50 in Nordrhein-Westfalen. – Bundesweit Platz eins, Herr Dr. Berger!

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Von den aktuell 193 geförderten Graduierteninstituten der DFG liegen 38 in Nordrhein-Westfalen. – Platz eins, Herr Dr. Berger!

Bei den Advanced Grants des Europäischen Forschungsrates ist Deutschland mit 77 Preisträgerinnen und Preisträgern mit Großbritannien auf dem ersten Platz. 43 davon forschen in Deutschland, zehn davon in Nordrhein-Westfalen. – Platz eins in Deutschland, Herr Dr. Berger!

Die meisten Leibniz-Preisträgerinnen und -preisträger kommen seit 1986 aus Nordrhein-Westfalen. – Platz eins, Herr Dr. Berger!

(Zuruf von Nadja Lüders [SPD])

Auch beim Einwerben von Bundesmitteln sind wir bundesweit an der Spitze. – Platz eins, Herr Dr. Berger!

(Beifall von der SPD und Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE] – Michele Marsching [PIRATEN]: Platz eins, Herr Dr. Berger!)

Es ist seltsam, dass Sie diese Realitäten nicht zur Kenntnis nehmen. Wir haben seit 2010 die außeruniversitären Forschungseinrichtungen von 52 auf 59 gesteigert. Das sind 2.500 Beschäftigte mehr seit 2010.

(Michele Marsching [PIRATEN]: Platz eins, Herr Dr. Berger! Nein, doch nicht!)

Das war die höchste Steigerung aller Bundesländer. – Platz eins für Nordrhein-Westfalen, Herr Dr. Berger!

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Auch der Wissenschaftsrat sagt anerkennend, dass wir die höchsten Steigerungen im Bereich der Hochschulhaushalte in der gesamten Bundesrepublik haben. Er gratuliert dem Land dazu, dass es diesen Schwerpunkt gesetzt hat. Das habe ich Ihnen übrigens in der letzten Haushaltsdebatte schon ins Stammbuch geschrieben.

Stattdessen präsentieren Sie hier ein derartig negatives Szenario, dass man sich wirklich schämt.

(Zuruf von Dr. Stefan Berger [CDU])

Da schwabbelt immer noch so ein bisschen daher, dass ich bei Ihnen in der CDU als größter Oppositionspartei immer noch den Heiligen Sankt Pinkwart über diesem Landtag schweben sehe.

(Beifall von der FDP)

Sie haben nichts Eigenständiges hier eingebracht. Wo sind Ihre Haushaltsanträge? Sie haben diesen dämlichen Matrikel-Antrag gestellt.

Was haben wir gemacht? Wir stellen den Antrag, den Fachhochschulstandort Gütersloh aufzubauen, weil wir den Digitalisierungsstandort Gütersloh stärken und die Zusammenarbeit von Wirtschaft und Fachhochschule Bielefeld ausbauen wollen, um den Cluster OWL zu stärken.

Was machen Sie? Sie schwören auf einheitliche Matrikelnummern. Das ist die Kraft der CDU im hochschulpolitischen Diskurs.

(Zuruf von Dr. Joachim Stamp [FDP])

Das, was Sie hier abliefern, ist wirklich erbärmlich, Herr. Dr. Berger.

Deswegen sage ich, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen: Dieser Haushalt ist ein Zeichen der Stärke für Innovation und Leistungsfähigkeit des Wissenschaftsstandorts Nordrhein-Westfalen. Wir können auf das, was wir in den letzten Jahren erreicht haben, stolz sein.

Der Haushalt schreibt die gute Tendenz in Nordrhein-Westfalen fort. Ich bedanke mich bei der Ministerin für ihr Engagement und bei meinen Kolleginnen und Kollegen für die gute und erfolgreiche Zusammenarbeit in den letzten Jahren. Und so werden wir die Auseinandersetzung im Landtag führen: Platz eins, Herr Dr. Berger! Letzter Platz für die CDU im Bereich der Hochschulpolitik Nordrhein-Westfalens! – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall und Heiterkeit von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Bell. – Und nun spricht für die FDP-Fraktion Frau Freimuth.

Angela Freimuth (FDP): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Bell, in einem Punkt bin ich bei Ihnen: Die Debatte zu diesem wichtigen Einzelplan wäre es sicherlich wert gewesen, nicht abends um halb neun, sondern zu einer Zeit geführt zu werden, wo die Wahrnehmbarkeit etwas größer ist.

Wir beraten den Einzelplan 06. Es liegt natürlich in der Natur einer Haushaltsdebatte, dass man sich dabei auch ein bisschen über Zahlen unterhält. Wir ha-

ben gerade wieder einmal eine wunderbare Kostprobe davon bekommen, wie alles hier in diesem Land schöngeredet wird. Alles sei in bester Ordnung.

(Zuruf von der SPD: Das ist alles Fakt!)

Ich will einige Punkte aufgreifen, zu denen Sie so manche abenteuerliche These aufgestellt haben. Die erste These lautet: Seit 2010 sei der Wissenschaftsetat um 45 % gestiegen, und das sei allein auf die rot-grüne Landespolitik zurückzuführen. – 2017 beträgt allein der Zuschuss des Bundes zum Einzelplan 06 1,45 Milliarden €. Das sind 17,3 % des Gesamteats. 2010 lag der Anteil der Bundesfinanzierung gerade einmal bei 8 %. Das ist eine Zunahme um 216 %. Es ist erschreckend, wie schamlos Sie sich hier einfach mit fremden Federn schmücken. These widerlegt!

(Beifall von der FDP und der CDU)

Von diesem Bundeszuschuss können Sie übrigens auch noch zusätzlich über die BAföG-Mittel verfügen.

Wir kommen also zu der zweiten These, NRW würde sich an die Vereinbarung zwischen Bund und Ländern halten und die Mittel zusätzlich einsetzen. – Von wegen! Die BAföG-Millionen – insgesamt 279 Millionen € jährlich – benutzen Sie unter anderem zur Kofinanzierung der Hochschulpaktmittel. Dabei geht es um den Landesanteil, eine Pflichtaufgabe. Bundesministerin Wanka hat nicht ohne Grund mit Blick auf Nordrhein-Westfalen angekündigt, nie wieder Bundesländer-Abkommen ohne schriftliche Vereinbarung zu treffen, wie das Geld denn dann tatsächlich eingesetzt wird. These widerlegt!

(Beifall von der FDP und der CDU)

These Nummer drei: Die Kompensationsmittel für die Abschaffung der Studienbeiträge würden diese Einnahmeausfälle kompensieren. – Nein, 249 Millionen € sind unter „Studienbeiträge“ statisch im Haushalt eingestellt. Bei der Möglichkeit für die Hochschulen, Studienbeiträge von den Studierenden einzunehmen, wären die Einnahmen aber entsprechend dem Aufwuchs der Studierendenzahl weiter gestiegen. Allein 2016 betragen die Einnahmeausfälle 60 Millionen €, Tendenz weiter steigend. Also ist auch These drei widerlegt.

These Nummer vier: Das Land investiere 200 Millionen € zusätzlich in die Digitalisierung an den Hochschulen. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, schön wäre es. Tatsächlich gibt es aber schon alle dafür vorgesehenen Haushaltstitel, und kein einziger weist einen Anstieg auf. Sie konnten die entsprechenden Haushaltstitel bei Nachfrage ja auch nicht benennen. Sie präsentieren dann Titel, für die 2017 noch nicht einmal ein Ansatz ausgewiesen ist. Hier bin ich ausnahmsweise einmal bei den Piraten: Allein schon aufgrund dieser Intransparenz dürfte man dem Haushalt nicht zustimmen.

(Beifall von der FDP, der CDU und den PIRATEN)

Digitalisierung ist eine zentrale Herausforderung auch für unsere Hochschulen, für Rot-Grün aber leider nur etwas PR-Arbeit wert. These ebenfalls widerlegt!

These Nummer fünf: Durch die Hochschulvereinbarung 2021 würden die Hochschulen mehr Geld bekommen. – Was die Grundmittel angeht, haben wir uns dazu ja schon ausgetauscht. Das ist in der Tat eine positive Tendenz. Aber die Mittel fließen doch nicht zusätzlich, sondern bereits als Hochschulpaktmittel. Es gibt nicht einen einzigen Cent mehr. Die Hochschulen können etwas besser planen. Es wird sicherlich auch Umschichtungen geben. Mehr Personal und bessere Studienbedingungen wird es durch diese Vereinbarung allein aber nicht geben. These ebenfalls widerlegt!

These Nummer sechs: Der Aufwuchs im Einzelplan 06 seit 2010 würde die zusätzlichen Studierenden auffangen. Ihr Haushalt ist leider statistisches Blendwerk. Sie verschweigen nicht nur, dass 2010 ja auch noch Studienbeiträge in die Etats der Hochschulen geflossen sind. Sie verschweigen auch, dass in NRW seit 2010 die Zahl der Studierenden um 54 % gestiegen ist.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Ist doch schön!)

Sie preisen die Inflation von 7,6 % seit 2010 nicht ein. Und Sie ignorieren anscheinend völlig, dass sich der Hauptkostenfaktor für die Hochschulen – die Lohnkosten – seit 2010 viel dramatischer als die Inflation entwickelt hat. Beim wissenschaftlichen Personal gab es eine Steigerung um 15 %. Bei W3-Professuren waren es 19 %, 30 % bei W2-Professuren.

Hören Sie auf, die Augen vor der Realität zu verschließen. Selbst mit den Hochschulpaktmitteln hat der Etat für die Hochschulen aufgrund des Studierendenandranges und der Lohnsteigerung beim Personal nicht mithalten können. Auch hier: These widerlegt!

Das erkennt man auch bei einem der zentralen wissenschaftlichen Indikatoren für den Vergleich zwischen den Bundesländern: „Laufende Grundmittel für Lehre und Forschung je Studierende“. In den offiziellen Statistiken belegt Nordrhein-Westfalen hier insgesamt den letzten Platz. Die Landesregierung hat deshalb die Vergleichbarkeit des Wertes in Frage gestellt, weil ja die Fernuniversität Hagen ihren Sitz – Gott sei Dank – in Nordrhein-Westfalen hat. Diese würde ja das Ergebnis verzerren.

(Martin-Sebastian Abel [GRÜNE]: Ja, das ist die größte Uni in Deutschland!)

Kommen wir nun zur These Nummer sieben, die Ministerin Schulze so auch im Wissenschaftsausschuss aufgestellt hat: Ohne die Fernuniversität Hagen läge man bei der Finanzierung bei einem bundesweiten Vergleich im Mittelfeld. – Also haben wir – das ist schon gerade angesprochen worden – nachgefragt. Die Antwort der Landesregierung ist eine gute Nachricht, jedenfalls für alle HSV-Fans: Das Mittelfeld beginnt ab sofort auf dem vorletzten Platz. So gut wie gerettet also. – Frau Ministerin, die desolante Entwicklung fällt in Ihre Verantwortung. Deswegen ist auch diese These widerlegt.

Ich komme zur letzten und Ihrer auch wichtigsten These: In Nordrhein-Westfalen gebe es gute Studienbedingungen. – Herr Kollege Bell, die Zahl der Studierenden ist zunächst einmal eine Angabe zur Quantität und noch nicht für die Qualität. Zentral für die Studienqualität ist ein vernünftiges Verhältnis zwischen Lehrenden und Lernenden.

(Karl Schultheis [SPD]: Das ist doch eine freiwillige Entscheidung, hierher zu kommen!)

Auch da haben wir die Entwicklung nachgefragt; das ist auch schon erwähnt worden. Und damit Sie sich nicht wieder einen schlanken Fuß machen, haben wir die Fernuniversität Hagen direkt herausrechnen lassen. Das Fazit: Auf einen Professor an einer staatlichen Hochschule kommen 85 Studierende, also 15 Studierende mehr als noch 2010. Das ist ein Anstieg um 25 %.

(Dr. Joachim Stamp [FDP]: So ist das! – Martin-Sebastian Abel [GRÜNE]: Sagt auch nichts über die Qualität!)

Wie können Sie denn das mit gutem Gewissen rechtfertigen?

(Dr. Joachim Stamp [FDP]: Ach, Herr Kollege Abel! – Martin-Sebastian Abel [GRÜNE]: Ich hatte Seminare mit fünf Leuten, und die waren auch scheiße!)

Beim wissenschaftlichen Personal gab es übrigens eine ähnlich schlechte Entwicklung: 22 % mehr. Wie wollen Sie eigentlich unter diesen Bedingungen Studienabbrüche verhindern? Das ist schließlich doch ein gemeinsames Ziel von uns allen. Wie wollen Sie da Studienqualität steigern? Und warum fragen Sie sich nicht, warum es eben nur in Nordrhein-Westfalen diese Abwärtsspirale gibt?

(Dr. Joachim Stamp [FDP]: Eben!)

Da machen Sie doch den Vogel Strauß, geben den Schwarzen Peter dann ganz charmant lächelnd an die Hochschulen weiter und behaupten, an der Kapazitätsplanung könne man ablesen, dass das alles passe.

Frau Ministerin, das ist simple Mathematik: Entweder haben die Professoren weniger Zeit für die Studie-

renden, oder sie haben weniger Zeit für die Forschung. Gremienarbeit und Ehrenamt – beides gleichzeitig geht nicht.

Besonders in den Naturwissenschaften gibt es traditionell günstigere Betreuungsrelationen. Ihre Argumentation mit Kapazitäten würde bedeuten, dass im Gegensatz zum Rest der Republik in Nordrhein-Westfalen der Anteil der so dringend benötigten MINT-Studierenden dramatisch abfällt.

Wie Sie es aber drehen und wenden – das Resultat ist und bleibt verheerend. Sie reden sich Ihre Politik dermaßen schön, dass es fast schon so aussieht, als ob Sie selber daran glauben. Durch Ihre Politik verschlechtern sich jedes Jahr die Studienqualität und die Studienbedingungen in Nordrhein-Westfalen ein Stückchen mehr. Das ist katastrophal,

(Karl Schultheis [SPD]: Wo ist der Beleg dafür?)

das ist verheerend. Wir sind den jungen Leuten

(Karl Schultheis [SPD]: Wo ist der Beleg?)

an der Stelle bessere Rahmenbedingungen schuldig. Wir Freien Demokraten wollen beste Bildung an den Hochschulen. Die FDP-Landtagsfraktion kann deshalb auch diesem Einzelplan nicht zustimmen.

(Karl Schultheis [SPD]: Wo ist der Beleg?)

Vielen Dank.

(Beifall von der FDP – Hans-Peter Müller [SPD]: Gott sei Dank!)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Freimuth. – Nun spricht für die grüne Fraktion Frau Dr. Seidl.

Dr. Ruth Seidl (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Freimuth, auch ich möchte heute Abend noch einige Zahlen nennen; Sie haben schon einige angeführt.

Erstens. Mit 70 Hochschulen, 59 außerhochschulischen Forschungseinrichtungen, sechs Universitätskliniken, zwölf Studierendenwerken, mit über 763.000 Studierenden und 136.000 Beschäftigten verfügt NRW über eine große und vielfältige Wissenschaftslandschaft. Diese finanziell angemessen auszustatten, ist in der Tat eine riesige Herausforderung.

Wenn wir uns aber die aktuellen Zahlen ansehen, dann zeigt sich, dass es uns gelungen ist, den Wissenschaftsetat innerhalb von sechs Jahren fast zu verdoppeln. Im kommenden Jahr erreicht der Wissenschaftshaushalt einen Rekordwert von 8,4 Milliarden €, und – Herr Berger hat es schon in der letzten Debatte gesagt – an diesen Zahlen kommt man wohl nicht vorbei. Denn Zahlen lügen nicht; das habe ich noch im Ohr.

(Dr. Stefan Berger [CDU]: Genau! Zahlen lügen nicht!)

Frau Freimuth – auch das möchte ich Ihnen heute noch mal mitgeben –, 8,4 Milliarden € entsprechen fast einer Verdoppelung des Wissenschaftshaushaltes innerhalb von sechs Jahren.

(Beifall von den GRÜNEN)

Davon sind mit den Hochschulmitteln 1,6 Milliarden € Landesmittel, die wir hier in dieser Zeit investiert haben. NRW hat in diesem Zusammenhang auch gut verhandelt; denn sonst hätten wir eine solche Summe nicht erreicht.

(Beifall von den GRÜNEN)

Zweitens. Neben der geplanten Steigerung um 174 Millionen € konnten die Koalitionsfraktionen noch einmal 5,6 Millionen € zusätzlich einspeisen, um besondere Schwerpunkte zu realisieren. Dazu gehört die institutionelle Förderung der drei Wasserinstitute der Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft, dazu gehört auch das Centrum für Ersatzmethoden zum Tierversuch, CERST NRW, das wir weiter ausbauen wollen.

(Beifall von Martin-Sebastian Abel [GRÜNE])

Wir machen ein neues Studienangebot an der Uni Köln möglich, wo ab dem Wintersemester 2017/18 ein Studiengang Gebärdensprachdolmetscher eingerichtet werden soll.

(Beifall von Dietmar Bell [SPD])

Wir treiben den Ausbau des Studienorts Gütersloh mit einem Schwerpunkt im Bereich Digitalisierung voran, und nicht zuletzt soll das Programm „Mittelstand innovativ“ um 1 Million € aufgestockt werden. Damit werden nämlich kleine und mittlere Unternehmen in Nordrhein-Westfalen in die Lage versetzt, mit wissenschaftlichen Einrichtungen in Forschung und Entwicklung zusammenzuarbeiten.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wenn Sie nun hingehen, liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP, und versuchen, über die Betreuungsquote die Erfolge unserer Hochschulpolitik kleinzureden, dann möchte ich Sie noch einmal auf Folgendes aufmerksam machen: Im Wintersemester 2016/17 sind 27,5 % aller Studierenden in Deutschland in Nordrhein-Westfalen eingeschrieben. Mit anderen Worten: Das Land Nordrhein-Westfalen ist ein begehrtes Studienziel für junge Menschen aus allen Bundesländern und zahlreichen Staaten der Welt,

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: So ist das!)

worüber wir uns im Übrigen auch sehr freuen. Denn je mehr Akademikerinnen und Akademiker wir hier

bei uns ausbilden, desto positiver sind auch die Effekte für den Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Klar ist aber auch – Sie haben schließlich das Verhältnis angesprochen –, dass wir im Verhältnis zu den anderen Bundesländern überproportional viele Studierende aufnehmen. Deshalb, Herr Berger und Frau Freimuth, hinken die Vergleiche, die Sie hinsichtlich der Betreuungsquote aufmachen, eben auch ganz gewaltig.

(Dr. Stefan Berger [CDU]: Wo hinken die denn?)

Noch ein Punkt: Sie sollten sich lieber an die eigene Nase packen. Während in unserer Regierungszeit die Hochschulen ihre Verpflichtungen für die Einrichtung zusätzlicher Studienplätze sogar übererfüllen, sah das unter Schwarz-Gelb noch ganz anders aus. Da musste das Land 18 Millionen € für nicht eingerichtete Studienplätze an den Bund zurückzahlen, weil sich Minister Pinkwart bei den Planungen schlichtweg verzockt hatte.

(Norbert Meesters [SPD]: Genau!)

Das heißt, er hat mit den Hochschulen abgesprochen, wie viele Studienplätze sie einrichten sollen. Das ist aber in der kurzen Zeit nicht gelungen. Das zumindest zu Herrn Pinkwart und Ihrer Regierungszeit. Es gehört zur ganzen Wahrheit dazu, die Sie lieber an der einen oder anderen Stelle wieder einmal ausblenden.

Derzeit fließen über den Hochschulpakt jährlich gut 1 Milliarde € zusätzlich an die Hochschulen für die Einrichtung weiterer Studienplätze. Mit den Rektorinnen und Rektoren ist verabredet, dass die Hälfte davon in Personal investiert wird. Mit dem kommenden Haushalt werden darüber hinaus 50 Millionen € vom Landesanteil aus dem Hochschulpakt in die Grundfinanzierung verstetigt. Wenn Sie es nicht verstanden haben – das soll ja in den kommenden Jahren auch so sein –, Frau Freimuth: Diese Verstetigung bedeutet, dass es eine dauerhafte Finanzierung ist, es sei denn, unter einer anderen Konstellation werden diese Zahlen aus den Globalbudgets wieder zurückgefahren.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Aber werfen wir doch auch einmal einen Blick auf die Hochschuletats der anderen Bundesländer! Dann muss doch auch spätestens Ihnen klar werden, Herr Berger, dass kein anderes Land so viel in Forschung und Wissenschaft investiert wie Nordrhein-Westfalen, auch relativ gesehen. So zeigt das Statistische Bundesamt auf, dass bereits 2014 der Anteil der Grundfinanzierung für die Hochschulen am öffentlichen Haushalt des Landes in Nordrhein-Westfalen von allen Ländern am höchsten war. Mit 14,3 % lag

das Land um 3,5 % bzw. 5 % vor Baden-Württemberg und Bayern und ganze 9,9 % vor dem letzten Platz.

Noch eine wichtige Kennzahl für die wissenschaftliche Leistung in einem Bundesland möchte ich Ihnen nennen. Das ist die Anzahl der abgeschlossenen Promotionen in den letzten zehn Jahren. Auch hier ist Nordrhein-Westfalen Spitzenreiter. Die Zahl der abgeschlossenen Promotionen lag 2015 um 14 % höher als in den Jahren 2006 bis 2010. NRW liegt hier mit 19,28 % vor Bayern und Baden-Württemberg deutlich an der Spitze. Das heißt, wir bilden nicht nur viele junge Menschen aus, sondern wir stehen hier in NRW auch für Qualität – für Qualität, für Exzellenz und Innovation in Wissenschaft und Forschung.

Um das noch einmal zu bekräftigen, möchte ich Ihnen auch nicht die Erfolgsgeschichte der Sonderforschungsbereiche in NRW vorenthalten, wo wir seit Jahren mit aktuell 54 Sonderforschungsbereichen bei den Auszeichnungen der DFG für die universitäre Forschung an der Spitze stehen. Die Ministerin hat die Zahl in der vergangenen Ausschusssitzung vorgestellt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mit 8,4 Milliarden € ist noch nie so viel Geld in die Hochschulen geflossen wie heute. Gleichzeitig ist die Grundfinanzierung der Hochschulen um 74 Millionen € weiter gestiegen. Auf dieser Grundlage erhalten die Hochschulen Planungssicherheit für die kommenden fünf Jahre und darüber hinaus.

Ich denke, liebe Kolleginnen und Kollegen, diese Zahlen sprechen für sich. Bildung, Wissenschaft und Forschung sind ein Schwerpunkt der nordrhein-westfälischen Landespolitik. Denn sie bilden die Grundlagen für die Zukunftsfähigkeit und die Wirtschaftskraft unseres Landes. Vor diesem Hintergrund kann ich alle hier in diesem Parlament vertretenen Fraktionen nur auffordern: Unterstützen Sie unsere Hochschulen, unterstützen Sie unsere Forschungseinrichtungen, und stimmen Sie dem Einzelplan 06 für den Wissenschaftshaushalt zu! – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Dr. Seidl. – Für die Piratenfraktion spricht nun Herr Dr. Paul.

Dr. Joachim Paul (PIRATEN): Vielen Dank. – Verehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Da sieht man mal, was passiert, wenn man den wichtigen Einzelplan 06 erst um diese Zeit diskutiert. Was herauskommt, ist – siehe Dietmar Bell – eine schlechte Rap-Nummer, mehr nicht.

(Michele Marsching [PIRATEN]: Platz Nummer eins! – Zuruf von Britta Altenkamp [SPD])

Die Einzelplanberatungen im Haushalt sind natürlich immer eine gute Gelegenheit, gerade darüber zu streiten, ob die Ausrichtung der Politik in dem Fachressort auch die richtige ist. In einer Haushaltsberatung vor dem Jahr der Landtagswahl ist es natürlich auch normal, dass man einmal die gesamte Legislaturperiode betrachtet.

Vom Prinzip her könnte ich jetzt schon aufhören. Denn eine Ausrichtung außer einem „Weiter so“ ist ja nur schwer erkennbar. Aber mal der Reihe nach! Diese Legislaturperiode muss man auch so betiteln, wie sie im Wissenschaftsbereich war. Statt des schönen Untertitels „Wissenschaft – Chancen“ sollte der Slogan für diese Legislaturperiode „halbherzig und mutlos“ heißen.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Wir loben ausdrücklich, dass die absolute Zahl der Mittel in den letzten Jahren stetig angewachsen ist und sich das Volumen ganz entgegen dem allgemeinen Kürzungstrend deutlich erhöht hat. Aber da hört es auch schon auf. Wie schon gesagt wurde, die Pro-Kopf-Ausgaben sind deutlich gesunken. Das hat für uns allerdings strukturelle Gründe. Eine chronische Unterfinanzierung der Hochschulen ist schon seit Jahren festzustellen, und die droht auch, sich auch auf die Qualität der Lehre und Forschung auszuwirken. Ich muss jetzt aufpassen, sonst heißt es nachher wieder, ich würde die Menschen an den Universitäten und Fachhochschulen schlechtreden. Ganz im Gegenteil,

(Zuruf von Karl Schultheis [SPD])

die leisten unter den Bedingungen wirklich Enormes.

(Beifall von den PIRATEN – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Natürlich werden große Summen – Herr Bell hat die „Kräne“ erwähnt – für den Hochschulausbau und die Modernisierung bereitgestellt. Aber das reicht bei Weitem nicht aus. Hier würden wir uns noch etwas mehr Engagement wünschen.

(Martin-Sebastian Abel [GRÜNE]: Darf es noch ein bisschen mehr sein? – Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Wie viel denn? Eine oder zwei Milliarden?)

Wir haben bereits zu Beginn der Legislaturperiode hier Anträge zum Thema „Transparenter Einzelplan“ gestellt. Wir haben sicher auch eine unterschiedliche Auffassung zur Sinnhaftigkeit der Schuldenbremse, Herr Mostofizadeh. Aber das möchte ich jetzt nicht ausführen. Das fassen wir ein anderes Mal auf.

(Martin-Sebastian Abel [GRÜNE]: Bringt auch nichts! Die ist im Grundgesetz! – Michele Marsching [PIRATEN]: Ach so! Wenn es drinsteht, darf man nicht diskutieren! Gute Idee!)

2013 haben wir bereits festgestellt, dass die Abbildung der Hochschulglobalhaushalte im Haushaltsplan des Landes NRW für den Gesetzgeber nur schwer nachzuvollziehen ist. Die einzelnen Ansätze der Hochschulen ergeben kein genaues Bild darüber, an welchen Stellen finanzielle Engpässe entstehen oder wie effiziente Mittelnutzungen durchgeführt werden. Hier ist vor allem die Frage der Transparenz der Mittelverausgabung die entscheidende. Der Haushaltsgesetzgeber muss bei der Entscheidung über die milliardenschweren Finanzmittel seinem treuhänderischen Auftrag der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler auch gerecht werden können.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Das ist aber nur unzureichend möglich, da die realen Mittelausgaben der Hochschulen eben nicht abgebildet werden. Hinzu kommen wettbewerbsorientierte, leistungsorientierte Mittelvergaben, die die Hochschulen noch zusätzlich unter Druck setzen und Gewinner und Verlierer produzieren. Das wurde uns damals von vielen Seiten bestätigt. Passiert ist nichts.

(Zuruf von Michele Marsching [PIRATEN])

Auch wurde im gleichen Antrag eine Vereinheitlichung bzw. eine sinnvolle Zusammenfassung der vielschichtigen Berichte der Hochschulen angeregt. Passiert ist auch da nichts, obwohl die Hochschulen dieses ebenfalls für sinnvoll erachtet haben.

Die Landesregierung – ich muss es noch einmal sagen, mache allerdings keinen Rap daraus – ist halbherzig und mutlos. Nehmen wir das sogenannte Hochschulzukunftsgesetz. Man könnte abschweifen und die politische Sprache kritisieren: Was für eine erbärmliche Tautologie! Hochschule hat immer mit Zukunft zu tun. Für Schwarz-Gelb gilt dasselbe: Hochschule hat immer mit Freiheit zu tun. Das steht im Grundgesetz, Art. 5, wenn ich das richtig in Erinnerung habe.

(Beifall von den PIRATEN – Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Die Schuldenbremse steht auch im Grundgesetz!)

– Ich weiß. Das ist ein Rechenfehler, Reinhart/Rogoff – soll ich Ihnen das bei Gelegenheit noch einmal explizieren? Vielleicht melden Sie eine Kurzintervention an, dann habe ich die Gelegenheit dazu.

(Thomas Nückel [FDP]: Machen wir eine Vorlesung! – Gegenruf von Michele Marsching [PIRATEN]: Kann er auch machen, kein Problem! – Gegenruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Keine Angst!)

Die nordrhein-westfälischen Hochschulen haben in den letzten Jahren einen Paradigmenwechsel vollzogen. Durch die vermehrte Ausrichtung nach wirtschaftlichen Wettbewerbskriterien – man kann immer fragen, wie sinnvoll das in der Wissenschaft ist – wurden die Hochschulen vor große Herausforderungen

gestellt und durch das Hochschulfreiheitsgesetz wirtschaftlich autonom organisiert.

Dabei ist nachgerade die wissenschaftliche Autonomie nicht gefördert worden, da durch das Hochschulfreiheitsgesetz neue Steuerungselemente geschaffen wurden, die dem aktuellen Stand modernen und Innovationsmanagements in keiner Weise entsprechen. Starre Top-down-Steuerung durch nicht verfassungskonforme und demokratisch legitimierte Hochschulräte hat die bisherige ministeriale Fachaufsicht ersetzt.

Gleichzeitig wurde durch die Personalhoheit der Hochschulen und der damit einhergehenden Dienstaufsicht sowie des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes auf Bundesebene prekärer Beschäftigung in der Lehre Tür und Tor geöffnet. Eines der eigentlichen Ziele des Hochschulfreiheitsgesetzes, der Bürokratieabbau, wurde nur im Ministerium erreicht. Die Hochschulen haben ihrerseits einen eigenen Bürokratieapparat aufbauen müssen, der sie in manchen Fällen von ihrem eigentlichen Auftrag, nämlich Forschung und Lehre, abhält.

Professorinnen und Professoren beklagen zu Recht, dass sie mehr und mehr Drittmittel einwerben müssen und dass diese Akquise sehr viel Zeit in Anspruch nimmt. Das ist der chronischen Unterfinanzierung geschuldet. Ich will dabei wirklich nicht in Abrede stellen, dass der Etat gestiegen ist. Dabei bemüht sich die Landesregierung; das ist anzuerkennen. Aber es reicht eben nicht.

Warum zitiere ich diesen Text aus einem Entschließungsantrag von uns Piraten? Weil durch das Hochschulzukunftsgesetz das Hochschulfreiheitsgesetz in seinem neoliberalen New-Public-Management-Geist weiterbesteht. Die Landesregierung war da halbherzig und mutlos.

Apropos Mutlosigkeit: Ein Synonym dafür ist das Hilfspflaster des Hochschulzukunftsgesetzes, der Rahmenkodex für gute Beschäftigungsbedingungen. Die Mutlosigkeit, dem New-Public-Management wirklich etwas konstruktiv-innovativ Neues entgegenzusetzen, drückt sich immer noch in den Befristungen an den Hochschulen aus. Das ist nach unserer Auffassung höchst innovationshemmend und daher wissenschaftspolitisch unverantwortlich.

Wir bleiben dabei: Erstens. Die Verankerung des Rahmenkodex für gute Beschäftigungsbedingungen, der im Rahmen des Hochschulzukunftsgesetzes festgelegt wurde, ist keine wirkliche Verpflichtung zur Verbesserung der Beschäftigungsverhältnisse.

(Beifall von Michele Marsching [PIRATEN])

Zweitens. Durch den Rahmenkodex für gute Beschäftigungsbedingungen wurde kein NRW-Standortvorteil für die Beschäftigten geschaffen, da es sich lediglich um eine Absichtserklärung handelt, die arbeitsrechtlich nicht durchsetzbar ist.

Drittens. Die Entscheidung im neuen Hochschulzukunftsgesetz, das Personal nicht in den Landesdienst zurückzusetzen, war falsch

(Zuruf von Martin-Sebastian Abel [GRÜNE])

und stellt im Sinne des Grundsatzes der Verbesserung von Beschäftigungsbedingungen keine Weiterentwicklung dar.

(Beifall von den PIRATEN)

Mutlosigkeit zeigt sich auch an den viel zu späten Bemühungen, im Bereich der Digitalisierung an unserer Hochschullandschaft etwas zu tun.

(Michele Marsching [PIRATEN]: Oh ja!)

Wir nehmen zwar wohlwollend zur Kenntnis, dass Sie mit Ihrem Änderungsantrag endlich dem Thema nähergekommen sind, allerdings ist NRW bei den Veröffentlichungen über Open Access immer noch weit im Hintertreffen.

So wurde in der Sachverständigenanhörung zu unserem Antrag sehr schnell klar: Ohne offene Ohren für das wichtige Thema Open Access steuert NRW direkt ins wissenschaftliche Abseits. Die Landesregierung muss umgehend die Informationsversorgung der Wissenschaft und Bevölkerung ausweiten, beschleunigen und sichern.

Die Landesregierung verpasst die Chance, auf den rollenden Open-Access-Zug aufzuspringen, der sich unter anderem in Dänemark, in Großbritannien und in der Schweiz bereits in voller Fahrt befindet.

(Beifall von Michele Marsching [PIRATEN])

Im innerdeutschen Vergleich steht Nordrhein-Westfalen bereits auf dem Abstellgleis. Die letzte Landesinitiative liegt über ein Jahrzehnt zurück.

Open Access entspricht dem Grundgedanken einer offenen und freien Wissensgesellschaft. Nur damit können wir garantieren, keine Fortbildungspotenziale zu verschenken. Die Zeit ist reif, die monopolartigen Verlagsstrukturen aufzubrechen.

Um rechtliche und technische Hürden abzubauen und das Angebot der digitalen Verfügbarkeit drastisch auszubauen, muss die Landesregierung Forschungsinformationssysteme fördern und Publikationsfonds aufbauen. Zudem ist eine bessere Vernetzung der Hochschulen notwendig. Passiert ist da reichlich wenig. Denn, wie gesagt, die Mutlosigkeit hat regiert.

Gleiches gilt im Übrigen für die Bezahlung des Praxissemesters. Dazu werden wir uns Anfang des Jahres die Praktiker ins Haus holen. Sie werden Ihre sogenannte Evaluation der Praxissemester an der Wirklichkeit spiegeln. Auch hierbei war die Landesregierung mutlos.

Alles in allem gibt es kein gutes Zeugnis für eine Landesregierung und kein gutes Signal für die Wissenschaftslandschaft in NRW. Wir hätten uns etwas Besseres gewünscht. Aber wir helfen auch gern weiter schieben. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Dr. Paul. – Nun hat die Landesregierung das Wort. Es spricht die Ministerin, Frau Schulze.

Svenja Schulze, Ministerin für Innovation, Wissenschaft und Forschung: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Einzelplan 06 wächst: 45 % mehr als 2010. 8,4 Milliarden € sind so viel wie noch nie in der Geschichte unseres Landes.

Liebe FDP, liebe CDU, Sie können hier noch so viele Rechenricks versuchen – diese Summe bekommen Sie erst einmal nicht weg. Sie bleibt Fakt.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Sehr geehrte Frau Freimuth, wenn Sie immer auf der BAföG-Entlastung herumreiten, sage ich Ihnen: Ja, wir zünden eine Kerze für die 200 Millionen € an, die der Bund uns jetzt gegeben hat. Das machen wir alle gern.

Aber dann müssen wir für unseren Finanzminister NoWaBo mindestens ein ganzes Kerzenmeer im Kölner Dom anzünden, denn er hat uns 3 Milliarden € mehr gegeben. Wie viel mehr Kerzen sollen wir denn dafür noch anzünden?

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Hören Sie also auf mit dieser Debatte!

Dieser Einzelplan ist ein klares politisches Zeichen und keine Selbstverständlichkeit. Wir setzen in Nordrhein-Westfalen auf Bildung und auf Forschung. Wir setzen auf die Innovationskraft unserer Hochschulen. Wir setzen auf moderne Hochschulen und auf moderne Unikliniken.

Frau Freimuth, ich finde es ein starkes Stück, dass Sie die Qualität unserer Hochschulen bezweifeln. Das ist wirklich ein starkes Stück!

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Ich finde es geradezu eine Unverschämtheit, dass Sie bei der Leistung, die die Hochschulen erbringen, bei der Forschungsleistung, bei der Attraktivität, die sie für Studierende haben, das alles in Zweifel stellen. Das weise ich in aller Deutlichkeit zurück!

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Frau Freimuth?

Svenja Schulze, Ministerin für Innovation, Wissenschaft und Forschung: Nein, im Moment nicht. Ich möchte erst einmal weitermachen.

(Zurufe: Oh!)

Vizepräsident Oliver Keymis: Keine Zwischenfrage. – Bitte schön.

Svenja Schulze, Ministerin für Innovation, Wissenschaft und Forschung: 6,4 Millionen € für Hochschulen und Unikliniken – das ist ein ganz klares Zeichen für unsere Hochschullandschaft. Wenn Sie versuchen, unsere Hochschulvereinbarung kleinzureden, dann reden Sie doch zunächst mal mit den Unirektoren, mit den Rektoren der Fachhochschulen. 250 Millionen € aus den Hochschulpaktmitteln zu verstetigen, 80 Millionen € aus anderen Mitteln – das ist eine riesige Summe Geld, mit der die Hochschulen jetzt planen können.

Diese Planungssicherheit ist wichtig, wenn man zusätzliche Stellen schaffen will. Alleine die Uni Bielefeld – nicht eine unserer größten Hochschulen – schafft jetzt 40 Professorenstellen mehr. Was das im Hochschulsystem auslöst, ich glaube, das haben Sie überhaupt noch nicht verstanden. Ich kann Ihnen nur empfehlen, mit den Hochschulen mal darüber zu reden. Das ist eine enorme Leistung, die das Land hier erbringt. Ich finde es sehr schade, dass Sie in diesem Punkt nicht mitgehen und die Hochschulvereinbarung nicht mittragen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Es wäre ein schönes Signal an die Hochschulen gewesen, wenn das über Legislaturperioden hinweg von allen mitgetragen würde, so wie das früher der Fall war. Hochschulvereinbarungen sind eigentlich immer von allen mitgetragen worden. Wir stehen zu diesem klaren Signal und werden das weiter nach vorne tragen.

670 Millionen € Investitionen in die Forschung – das ist doch ein klares Signal. Und wenn Sie dann so tun, als wäre die Leistung der Hochschulen nicht ausreichend, dann sage ich Ihnen: 54 Sonderforschungsbereiche, bei der DFG bundesweit Platz 1 – das können Sie doch nicht einfach wegdiskutieren. Das sind Fakten! Die können Sie nachlesen, die sind einfach da.

(Beifall von der SPD)

Meine Damen und Herren, ja, Sie können uns kritisieren, dieser Etat hat aber eine klare Richtung: Wir setzen uns für Chancengerechtigkeit ein. Wir haben die Studiengebühren abgeschafft. – Nun sagen Sie doch mal eindeutig, sehr geehrter Herr Berger, sehr geehrte Frau Freimuth: Wollen Sie die Studiengebühren wieder einführen? Ist das etwa Ihr Ziel? Dann

sagen Sie das hier auch! Schaffen Sie Transparenz in den Debatten!

(Beifall von der SPD)

Meine Damen und Herren von der Opposition, Sie können hier noch so viele Rechentricks machen, Sie werden damit keinen Erfolg haben. Selbst die „Rheinische Post“ – ich glaube, die ist nicht verdächtig, eine Vorfeldorganisation der SPD zu sein – fragt, was ich denn in der nächsten Legislaturperiode vorhabe. Ich finde es sehr beruhigend, dass selbst von solch einem Blatt das gefragt wird. Das scheint mir ein Beleg dafür zu sein, dass wir hier gute Politik machen.

(Beifall von der SPD)

Wir haben den höchsten Anteil der öffentlichen Hochschulausgaben in Relation zum Gesamthaushalt aller Länder – 13,5 %, den höchsten Anteil aller Länder; wenn Sie so wollen, Platz 1. Auch das werden Sie hier nicht wegdiskutieren können. Das sind Fakten, das sind Zahlen, die Sie einfach mal wahrnehmen sollten.

Meine Damen und Herren von der Opposition, ich kann Ihnen nur empfehlen: Reden Sie doch mal mit den Hochschulen in unserem Land. Reden Sie mit den Forschungseinrichtungen. Die sind sehr froh darüber, was diese Landesregierung auf den Weg gebracht hat, und ich bin sehr froh, dass das alles immer wieder vom Parlament unterstützt wird und dass von dort eigene Initiativen nach vorne gebracht werden, um die Hochschullandschaft weiter zu stärken. Für Hochschulen und Wissenschaft haben wir hier wirklich fantastische Bedingungen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat sich Herr Kollege Bas zu Wort gemeldet.

Ali Bas (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Der vorliegende Einzelplan aus dem Bereich Innovation, Wissenschaft und Forschung schließt auch den wichtigen Teil der Lehrerbildung mit ein. Wie Sie wissen, gab es in den letzten Jahren mehrere Reformen der Lehrerausbildung, die jüngste noch im April dieses Jahres.

Die Investitionen, die im Haushalt 2017 eingestellt sind, bewegen sich wie im Vorjahr auf einem hohen Niveau. Jeder Euro, der in die Ausbildung unserer Lehrerinnen und Lehrer investiert wird, ist eine wertvolle Investition in die Zukunft unserer Kinder und in unsere Gesellschaft insgesamt.

So wird es auch 2017 rund 22 Millionen € für den Ausbau der Fachdidaktik-Professuren an den Hochschulen geben, davon ein wesentlicher Bestandteil für die Berufskolleg-Fachdidaktiken. Es werden auch weiterhin über 47 Millionen € als Kompensation für die Universitäten gezahlt, bedingt durch die verlängerte Regelstudienzeit für die Lehrämter Grund-, Haupt-, Real- und Gesamtschulen und den damit verbundenen erhöhten Prüfungsaufwand. Auch wird die Zahl der Studienplätze für diese Lehrämter erhöht.

Mehr Geld wird es ebenso für die Ausbildungskapazitäten für Förderpädagogik geben. Mit 17,5 Millionen € erhöhen wir diesen Posten um 20 % und bauen damit nicht nur die bisherigen Ausbildungsstandorte Köln und Düsseldorf aus, sondern stellen damit auch die Erstausrüstung für weitere Standorte sicher. Letztlich wird es mehr Studienplätze in Förderpädagogik geben, die wir für die Inklusion an unseren Schulen unbedingt benötigen. Erfreulich ist auch, dass die Mittel für die Weiterbildung im Bereich Deutsch als Zweitsprache um ein Drittel auf 2 Millionen € angehoben werden.

Sie sehen, dass der vorliegende Haushalt wichtige Meilensteine für die Zukunft der Lehrerbildung setzt. Ich empfehle deshalb die Zustimmung dazu. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege Bas. – Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Deshalb schließe ich die Aussprache.

Wir kommen zur **Abstimmung** über den Einzelplan 06. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 16/13506, den Einzelplan 06 in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses anzunehmen. Ich darf fragen, wer dieser Beschlussempfehlung folgen will. – Das sind die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt dagegen? – Das sind CDU, FDP, die Piratenfraktion und der fraktionslose Kollege Schwerd. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann stelle ich fest, dass der **Einzelplan 06 in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses Drucksache 16/13506 in zweiter Lesung** mit der Mehrheit der Koalitionsfraktionen **angenommen** worden ist.

Ich rufe auf:

Einzelplan 13 Landesrechnungshof

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 16/13513